



Aus der Zentrale von IN VIA

Katholikentag I: Ort des Friedens – Jugendhaus Erfurter Brücke „Hört uns endlich zu! Was junge Menschen in Zukunft von der Politik erwarten.“ Freitag, 31. Mai 2024, 11:00-12:00 Uhr

Bei der Veranstaltung des DCV in Kooperation mit dem Caritasverband für das Bistum Erfurt und IN VIA Deutschland „Hört uns endlich zu! Was junge Menschen in Zukunft von der Politik erwarten.“ kommen Jugendliche aus dem Jugendhaus Erfurter Brücke mit Politiker*innen zusammen.

Das Jugendhaus Erfurter Brücke bietet jungen Menschen vielfältige Unterstützung im Übergang von Schule – Ausbildung – Beruf. Jugendliche brauchen den Austausch mit Vertrauenspersonen in dieser besonderen Lebensphase ihrer Identitätsfindung. Das betrifft Fragen rund um den Lernort Schule, Probleme im Elternhaus sowie die konkrete Unterstützung bei der passenden Berufswahl. Was müsste sich ändern, damit alle Jugendlichen gleiche Bildungs- und Berufschancen haben? Was wünschen sie sich von der Politik? Als Gesprächspartner*innen haben zugesagt: Kerstin Griesse (Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales, SPD), Helmut Holter (Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport, DIE LINKE); Anke Hofmann-Domke (Bürgermeisterin Bereich Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, DIE LINKE) und Matthias Mitscherlich, Vizepräsident DCV und DiCV-Direktor im Bistum Dresden-Meißen. Dr. Ruth Bendels und Dr. Anna-Maria Pedron, Vorständinnen von IN VIA Deutschland, moderieren das Gespräch. Adresse: Caritas Jugendhaus Erfurter Brücke, Regierungsstraße 37/38. Nächste Haltestellen: Lange Brücke, Brühler Garten.

Katholikentag II: Ort des Friedens – „Mobilität und Nachhaltigkeit im Kontext der Bahnmissionsmission“ Donnerstag, 30. Mai 2024, 14:00-15:00 Uhr

Der Deutsche Caritasverband und der Diözesancaritasverband Erfurt laden zum Gespräch über „Mobilität und Nachhaltigkeit im Kontext der Bahnmissionsmission“ in den Erfurter Hauptbahnhof ein. Vor dem Pavillon der Bahnmissionsmission auf Gleisplattform 3-8 wird der Vorsitzende des Ökumenischen Bahnmissionsvereins Erfurt, Dr. Hubertus Schönemann, das Gespräch mit Gästen aus Politik und Caritas der Bundes- und Landesebene moderieren. Mit dabei: Prof. Dr. Norbert Lammert (Präsident des Bundestages a. D.), Ralf Thieme (Vorstand DB infraGo), Eva-Maria Welskop-Deffaa (Caritaspräsidentin), Monika Funk (Diözesancaritasdirektorin Erfurt) sowie Dr. Gisela Sauter-Ackermann (Bundesgeschäftsführerin Bahnmissionsmission Deutschland e.V., im Auftrag von IN VIA Deutschland e.V.). Teilnehmen werden auch die beiden neuen Vorständinnen von IN VIA Deutschland e.V., Dr. Ruth Bendels und Dr. Anna-Maria Pedron. Sie freuen sich vor und nach der Podiumsdiskussion auf Austausch und Begegnungen.

Mehr unter www.katholikentag.de/programm; www.caritas-bistum-erfurt.de/katholikentag; www.caritas.de/katholikentag

Katholikentag III: Herzliche Einladung zum Begegnungstreffen

Die Bahnmissionsmission Erfurt verstärkt ihre Dienste am Bahnhof zur Information und Reisendenlenkung und wird dabei von Kolleg*innen aus Partnereinrichtungen unterstützt. Darüber hinaus betreibt sie während des Katholikentags einen Infostand im Bahnhof. Am Samstag, 1. Juni 2024, 17:00 Uhr lädt die Bahnmissionsmission alle Katholikentagsbesucher*innen mit Verbindung zur Bahnmissionsmission zum Begegnungstreffen ein. Anmeldungen zum Empfang unter <https://evento.com/160322726>.

Teilhabe für Mädchen und Frauen mit Behinderung

Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai fordert IN VIA Deutschland ein Ende von Benachteiligung, Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderung. Ressortübergreifende Konzepte und Maßnahmen für diskriminierungsfreie Zugänge und für umfängliche Teilhabe müssen umgesetzt werden. Mehr als zehn Millionen Menschen in Deutschland haben eine staatlich anerkannte Behinderung. In der Schule, in der Ausbildung, im Berufsleben oder in anderen Lebensbereichen erfahren sie nach wie vor Ungleichbehandlung und Anfeindungen. Mädchen und Frauen mit Behinderung sind mehrfach diskriminiert: wegen ihres Geschlechts und wegen ihrer Behinderung. Weitere Diskriminierungen aufgrund der sozialen Herkunft, des Alters oder des ausländerrechtlichen Status können hinzukommen. So ist

eine geflüchtete Frau mit Behinderung, die weder über Wissen zu Unterstützungsangeboten noch über Deutschkenntnisse oder Beziehungen verfügt, stärker benachteiligt. Ein Großteil der Zugänge zu Sozial- und Gesundheitsleistungen werden ihr darüber hinaus verwehrt. Sehr besorgniserregend sind die Ausmaße von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderung: Laut Untersuchungen sind Mädchen und Frauen mit Behinderungen in ihrer Kindheit und Jugend zwei- bis dreimal häufiger sexueller Gewalt ausgesetzt als der Durchschnitt. Mehr unter <https://t1p.de/m4rhe>.

Einladung zur Online-Fachtagung „Klimaschutz und Nachhaltigkeit – Handlungsanforderungen in der Jugendsozialarbeit“ am 18. Juni 2024

Die Auswirkungen der Klimakrise stellen eine Gefährdung der Rechte von Kindern und Jugendlichen sowie nachfolgender Generationen auf gesunde Lebens- und Entwicklungsbedingungen dar. Fachkräfte der Jugendsozialarbeit können im Hinblick auf eine ökologische Transformation das Thema Klimakrise und deren Folgen für junge Menschen stetig in ihren Arbeitskontexten einbringen. Am 18. Juni 2024 veranstaltet IN VIA Deutschland eine digitale Fachtagung mit dem Ziel, mit den Teilnehmer*innen die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu vertiefen und konkrete Handlungsmöglichkeiten für die verschiedenen Ebenen der Jugendsozialarbeit zu erarbeiten. Mehr unter <https://eveeno.com/klimaschutz-nachhaltigkeit>.

Aus den Mitgliedsverbänden

IN VIA Köln

IN VIA Köln gründet IN VIA Bildung gGmbH

Ab August 2026 hat jedes in NRW neu eingeschulte Kind einen Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz (OGS = Offene Ganztagschule, Anm. der Red.). Angesichts des wachsenden Bedarfs auch in Köln, hat der Sozialverband IN VIA die IN VIA Bildung gGmbH ins Leben gerufen. Diese wird noch im aktuellen Schuljahr den Offenen Ganztag (OGS) des Sozialverbands übernehmen. Mit 24 Nachmittagsbetreuungen und rund 4.800 betreuten Kindern ist IN VIA Köln der größte OGS-Träger der Stadt. „Um mit Blick auf den Rechtsanspruch die Qualität im Offenen Ganztag und die Zukunftsfähigkeit unseres Verbands weiter sichern zu können, haben wir die IN VIA Bildung gGmbH gegründet“, erklärt Andrea Redding, Vorstandssprecherin von IN VIA Köln und mit der zweiten IN VIA Vorstandin Katja Schauen gemeinsame Geschäftsführerin der neu gegründeten Tochtergesellschaft. IN VIA wird mit der Übertragung des OGS-Bereichs in die IN VIA Bildung gGmbH weiterhin einen entscheidenden und verlässlichen Beitrag zur Förderung der Bildungschancen aller Kinder leisten. Mehr unter <https://t1p.de/mx7mx>.

IN VIA Würzburg

IN VIA Würzburg mit Stand beim „Frühling International“ am 12. Mai

Unter dem Motto „Wir feiern die Vielfalt!“ lädt die Stadt Würzburg am 12. Mai von 11:00 bis 17:30 Uhr zu dem beliebten internationalen Fest im LandesgartenschauPark von 1990 ein. IN VIA wird in Kooperation mit der Interkulturellen Frauenarbeit der Stadt ebenfalls einen Stand bespielen. Insgesamt präsentieren rund 25 Internationale Gesellschaften, Migrant*innenorganisationen und Vereine beim Frühling International die Kultur ihrer Heimatländer. Mehr unter <https://t1p.de/845kf>.

Aus der Zentrale des DCV

Suizidprävention: „Für eine Gesellschaft, die nicht wegsieht“

Der Deutsche Caritasverband begrüßt, dass der Bundesgesundheitsminister die Suizidpräventionsstrategie des Bundes vorlegt. Zeitnah müssen nun gesetzliche Regelungen folgen, um Hilfen und Primärprävention flächendeckend abzusichern. Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin des DCV: „Mit großer Spannung erwarten wir die Strategie zur Suizidprävention, die Bundesgesundheitsminister Lauterbach für heute angekündigt hat. Seit der Deutsche Bundestag im Sommer letzten Jahres Eckpunkte einer solchen Strategie vorgegeben und einen parteiübergreifenden Willen hat erkennen lassen, das Thema „Sterbewunsch und Todessehnsucht“ aus der Ecke des Schweigens herauszuholen, sind wir zuversichtlich, dass Deutschland bei der Suizidprävention eine Zeitenwende gelingen kann.“

Als Deutscher Caritasverband leisten wir seit über 20 Jahren mit der [U25]-Online-Suizidpräventionsberatung einen konkreten Beitrag, um jungen Menschen zu helfen, die für sich allein keine Perspektive für ein Weiterleben finden. Einsamkeit ist kein Thema älterer Menschen allein. Einsamkeit und Lebensangst sind gerade für die Corona-Generation Treiber von Suizidgedanken im Jugendalter. Mit Nachdruck fordern wir, dass die Politik Suizidprävention nicht auf Beratung und Notfalltelefone verkürzt (...)" Mehr unter <https://t1p.de/lathc>.

Deutscher Caritasverband fordert wirksamere Arbeitsmarktintegration

Mit einem Factsheet „Neue Grundsicherung oder Bürgergeld? Unser Sozialstaat muss Menschen wirksam bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen.“ fordert der Deutsche Caritasverband eine Weiterentwicklung der Grundsicherung, die leistungsberechtigte Personen besser dabei unterstützt, in Arbeit zu kommen. Denn bisher zeige sich eine schnelle Integration der Menschen, die lange ohne Arbeit sind, als unrealistisch. Die Debatte darf sich dabei nicht auf eine absolute Minderheit der Menschen konzentrieren, die eine Arbeitsaufnahme verweigern. Hingegen sei eine faktenbasierte Debatte notwendig, bei der die Mehrheit derer ins Zentrum rücken, die auf dem Weg in den Arbeitsmarkt Hilfen brauchen. Neue Arbeitsmarktinstrumente wie die „Ganzheitliche Betreuung“ (§16k SGB II), die erst seit Sommer 2023 gelten, müssen zunächst einmal ihre Wirkung zu entfalten. Ebenso müssen bestehende wirkungsvolle Instrumente wie die „Teilhabe zum Arbeitsleben“ (§ 16i SGB II) und die „Förderung schwer zu erreichender junger Menschen“ (§ 16 h SGB II) mit ausreichend Fördermitteln hinterlegt werden. Mehr unter <https://t1p.de/izkvz>.

Kirche & Gesellschaft

Antifeministisch motivierte Angriffe werden dramatisch unterschätzt und kleingeredet

Kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Feld wird derart massiv, aber gleichzeitig unbemerkt angegriffen, wie die Gleichstellungs-, Geschlechter- und Familienpolitik. Die im vergangenen Jahr gegründete Meldestelle Antifeminismus der Amadeu Antonio-Stiftung hat ein erstes Lagebild veröffentlicht. Demnach sind 814 der eingegangenen Meldungen als valider Vorfall bzw. verifizierte Betroffenen-Meldung dokumentiert worden. Gemeldet wurden Gewalt, Bedrohungen, Beleidigungen, aber auch Sachbeschädigungen sowie Benachteiligung und antifeministische Mobilisierung. 372 der Meldungen wurden als ‚antifeministischer Vorfall‘ eingeordnet. Frauenfeindliche, misogynen oder sexistische Botschaften (167) und Angriffe auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (149) seien dabei mit Abstand die häufigsten Inhalte der als antifeministisch eingeordneten Vorfälle. Die Verbreitung und die Auswirkungen antifeministisch motivierter Angriffe werden dramatisch unterschätzt und kleingeredet. Schon jetzt zeigt sich, wie über Antifeminismus politisch Engagierte und Organisationen eingeschüchtert und bedroht werden, sie aber auch digitale, verbale und körperliche Angriffe erleben. Politik und Sicherheitsbehörden seien gefragt, den Schutz von Lokalpolitiker*innen, Engagierten und auch Gleichstellungsbeauftragten zu gewährleisten. Mehr unter <https://t1p.de/h6v5u>.

Europa-Wahl am 9. Juni 2024

Aus anderen Ländern ist zu lernen: Je mehr Menschen wählen gehen, umso weniger Einfluss erhalten rechtsextreme Parteien. In Deutschland äußern sich immer mehr Organisationen und warnen vor dem Rechtsruck bei den anstehenden Wahlen. Diese Stellungnahmen hat die Stiftung gegen Rassismus zusammengestellt: <https://t1p.de/gv3so>.

Am 9. Juni 2024 sollten möglichst viele Menschen wählen gehen. Um dazu aufzurufen, hat die Stiftung Rassismus verschiedene Materialien entwickelt: Einen Flyer, ein Plakat und einen Claim. Diese Materialien können Sie kostenlos bei der Stiftung gegen Rassismus anfordern: <https://t1p.de/x38eg>.

Zehn Jahre Hilfe-Telefon Sexueller Missbrauch

Die steigende gesellschaftliche Sensibilisierung für das Thema sexualisierte Gewalt wird durch etwa 50.000 Gespräche seit der Einführung des Hilfe-Telefons Sexueller Missbrauch im Jahr 2014 verdeutlicht. Nach Angaben der UBSKM (Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs) hat sich das anonyme und kostenfreie Hilfetelefon Sexueller Missbrauch im Laufe eines Jahrzehnts als zentrale bundesweite Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige und Fachkräfte etabliert. Ein erhöhter Hilfebedarf besteht insbesondere für Jugendliche und junge Menschen bei sexualisierter Gewalt im Netz. Mehr unter <https://t1p.de/6g1cc>.

Ausbildung & Qualifizierung

Studie: Eine Frage des Alters? Erwerbsorientierung und die Generation Z

Der Generation der unter 30-Jährigen, der sog. Generation Z, wird oft ein anderer Blick auf die Erwerbsarbeit unterstellt. Ihr Verhältnis zur Erwerbsarbeit ist regelmäßig Gegenstand öffentlicher Debatten. Sie legen mehr Wert auf Flexibilität und schätzen Erwerbsarbeit insgesamt weniger. Thorsten Faas, Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, prüft dieses weit verbreitete Narrativ anhand des Datensatzes des FES-Projektes „Kartographie der Arbeiter:innenklasse“. Ausgewählte Ergebnisse der Studie: <https://t1p.de/tlpf7> und mehr unter <https://t1p.de/s6jdm>.

Neue Ausgabe der Fachzeitschrift "Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis" zu Migration und Integration

Mehr als 21 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte lebten im Jahr 2023 in Deutschland. Die neue Ausgabe 2/2024 der Fachzeitschrift "Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis" (BWP) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) geht der Frage nach, wie sich die Integration dieser Menschen im Einwanderungsland Deutschland gestaltet und wie dies von Angeboten der beruflichen Bildung unterstützt wird. Hierzu werden Forschungsergebnisse und Praxiskonzepte vorgestellt. Der Fokus liegt dabei besonders auf jungen Menschen, die seit in den Jahren 2015 und 2016 Zuflucht in Deutschland gesucht haben. Betrachtet werden die Zugänge der jungen Menschen in berufliche Aus- und Weiterbildung, hinderliche und förderliche Faktoren der Teilhabe sowie Maßnahmen zur Integrationsförderung. Mehr unter <https://t1p.de/rmbuq>.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung sieht kaum Verbesserungen beim Bürgergeld

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer DIW-Studie 5.818 Beschäftigte in 7 Jobcentern in Nordrheinwestfalen in Form einer schriftlichen Befragung vom 24. Januar bis 29. Februar befragt. Erfahrungen mit der gerade erst in Kraft getretenen Verschärfung des Sanktionsrechts sind damit nicht Gegenstand der Befragung gewesen. Die Studie ist nicht repräsentativ, sie gibt aber ein Stimmungsbild zu den ersten Erfahrungen einiger Jobcenter mit dem Bürgergeld wieder. So erwarten die Jobcenterbeschäftigten insbesondere keine positiven Anreize für die Motivation und Arbeitsaufnahme der Bürgergeldbeziehenden. Auch der angestrebte Bürokratieabbau zeichnet sich nach den meisten Befragten bisher nicht ab. Mehr unter <https://t1p.de/2pski>.

Aktuelle Bürgergelddebatte setzt nicht die richtigen Schwerpunkte

Das Bürgergeld ist ein Jahr nach der Bürgergeldreform heftig umstritten. Dabei wird oft ein verengtes und teilweise unzutreffendes Bild gezeichnet, das der Vielschichtigkeit der Thematik und der Problemlagen von Menschen im Bürgergeldbezug nicht gerecht wird. Anders als vielfach behauptet, haben Menschen, die nur Bürgergeld beziehen, in jedem Fall weniger Geld zur Verfügung als Menschen in Beschäftigung. Trotz des Arbeitskräftemangels gelingt die Vermittlung in Beschäftigung selten – auch, weil die Leistungsberechtigten häufig nicht zu den Profilen der offenen Stellen entsprechen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt in einer aktuellen IAB-Evaluation, dass im Bereich des Zweiten Sozialgesetzbuches doch einiges auf dem richtigen Weg ist. Jedoch bleiben die niedrigen Übergänge in bedarfsdeckende Beschäftigung, die damit einhergehende Verhärtung des Leistungsbezuges und die zahlreichen individuellen Arbeitsmarkthemmnisse weiterhin zentrale Herausforderungen. Mehr unter <https://t1p.de/ulea4>.

Bildung

Vorbereitungen in den Ländern zum Startchancen-Programm schreiten voran

Nachdem in Nordrhein-Westfalen der Landtag seine Zustimmung zu der im Landeskabinett beschlossenen Vereinbarung zum Startchancen-Programm gegeben hatte, läuft aktuell die Auswahl der ersten Gruppe der am Startchancen-Programm beteiligten Schulen. Die angeschriebenen Schulen und Schulträger haben laut Landesregierung nun bis Mitte Mai Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob sie der Einladung folgen wollen. Die ersten Rückmeldungen seien sehr positiv. Weitere rund 520 nordrhein-westfälische Schulen werden zum Schuljahr 2025/2026 in das Programm aufgenommen. Bei der Auswahl der Schulen könne Nordrhein-Westfalen als eines von wenigen Ländern auf einen aktualisierten Schulsozialindex zurückgreifen. Mehr unter <https://t1p.de/d3001>.

Mädchen & Frauen

Mädchen sind nach wie vor häufiger von Cybermobbing betroffen als Jungen

Die aktuelle Jugendumfrage 2023/24 des SINUS-Instituts stellt fest, dass Mädchen nach wie vor häufiger von Cybermobbing betroffen sind als Jungen. Eindeutiger Spitzenreiter unter den Cyber-Mobbing-Kanälen bleibe, ohne geschlechtsspezifische Schwerpunkte, auch in diesem Jahr „Whats App“. Bei Instagram sei insgesamt ein leichter Rückgang zu verzeichnen, dort seien es jedoch weiterhin eher Mädchen (38 %) als Jungen (29 %) die Cyber-Mobbing wahrnahmen (2021: 50% vs. 32%). Eine überwältigende Mehrheit aller Jugendlichen mit Cyber-Mobbing-Erfahrung sei Beleidigungen ausgesetzt gewesen oder habe sie beobachtet. Dass Gerüchte in die Welt gesetzt wurden, hätten insbesondere Mädchen (59%) beklagt, während Jungen (44%) dies weniger stark wahrgenommen hätten. Als Ansprechpartner*innen bei Cybermobbing seien, unabhängig vom Geschlecht, vor allem die Eltern genannt worden. Ein weiteres Ergebnis ist, dass viele Jugendliche versuchen, Cybermobbing zu ignorieren oder selbst zu lösen. Mehr unter <https://t1p.de/9pdqe>.

Deutscher Frauenrat startet Kampagne zur EU-Wahl

Unter dem Claim „Wer wählt, zählt!“ startet der Deutsche Frauenrat (DF) seine Kampagne zur EU-Wahl und ruft dazu auf, für demokratische Parteien zu stimmen, die Frauenrechte schützen und stärken wollen. Rechte Kräfte sind in der gesamten Union mit ihren menschen- und frauenfeindlichen Positionen auf dem Vormarsch. Die Wahlen am 9. Juni entscheiden darüber, ob Europa ein Fortschrittsmotor für eine freiheitliche Demokratie bleibt, in der Frauenrechte geachtet und ausgebaut werden. Oder ob rechtsextreme, populistische, demokratie- und europafeindliche Parteien an Einfluss gewinnen und mühsam errungene Fortschritte zunichtemachen. Hilfestellung bei der Wahlentscheidung bietet der EU-Wahl-Check des DF, der die gleichstellungspolitischen Ziele in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien listet und mit den eigenen Wahlforderungen abgleicht. Mehr unter <https://t1p.de/380au>.

Istanbul-Konvention 1. Staatenbericht: Ausschuss der Vertragsstaaten Empfehlung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat eine deutsche nichtamtliche Übersetzung der Empfehlung des Ausschusses der Vertragsstaaten bezüglich der Umsetzung der Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Deutschland angefertigt. Mehr unter <https://t1p.de/5mmau>.

Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit

Konrad-Adenauer-Stiftung und BAG KJS laden ein: Fachsymposium Jugend und Mental Health am 5. Juni 2024 in Berlin

Die psychische Gesundheit junger Menschen ist eine wichtige Voraussetzung für gutes Aufwachsen. Zwar sind psychische Belastungen und Erkrankungen seit der Corona-Pandemie leicht zurückgegangen, verfestigen sich aber derzeit auf einem hohen Niveau. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit nehmen diese Situation zum Anlass, im Rahmen eines Fachsymposiums zum Thema Jugend und Mental Health am 5. Juni 2024, 15:00-18:30 Uhr die Faktenlage und Wege zur Resilienz mit Vertreterinnen und Vertretern der Jugend, der Wissenschaft, Praxis und Politik zu diskutieren. Was sind Bedingungen guten Aufwachsens? Welche jungen Menschen sind besonders gefährdet, psychische Auffälligkeiten zu entwickeln? Wie kann es gelingen, junge Menschen hinsichtlich ihrer psychischen Gesundheit und Resilienz noch besser zu unterstützen? Der Veranstaltungsort ist das Tagungshotel Aquino, Hannoversche Str. 5B, 10115 Berlin. Informationen und Anmeldungen <https://t1p.de/4l0xx>.

Migration & Integration

Anwendungshinweise des BMI zu Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Anwendungshinweise zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts zu § 104c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) überarbeitet. Dieses Recht gilt für Personen, die trotz einer Ausreisepflicht schon längere Zeit in Deutschland leben und sich in die Gesellschaft integriert haben. In diesen Hinweisen wird unter anderem verdeutlicht, dass jedes Familienmitglied, auch Minderjährige, die Voraussetzungen für den § 104c AufenthG erfüllen und eigenständig einen Antrag einreichen können. Darüber hinaus ermöglicht das Chancen-

Aufenthaltsrecht nach § 104c AufenthG Menschen, die seit fünf Jahren in Deutschland leben, ein 18-monatiges Aufenthaltsrecht. Mehr unter <https://t1p.de/z0i4z>.

Bericht zu vermissten minderjährigen Geflüchteten

Von 2021 bis 2023 wurden etwa 51.000 unbegleitete minderjährige Geflüchtete als vermisst gemeldet. Das ergibt sich aus einem Untersuchungsbericht des Lost in Europe-Projekts. Das grenzüberschreitende journalistische Projekt hat Daten aus unterschiedlichen europäischen Ländern erhoben und dabei den Schwerpunkt auf das Verschwinden unbegleiteter Minderjähriger gelegt. Allerdings erhielten sie nur von 20 EU-Ländern (darunter Moldawien, Norwegen, Großbritannien und die Schweiz) eine Antwort auf die Anfragen. Von diesen lieferten lediglich 13 Daten. Da die Daten oft uneinheitlich und unvollständig sind und viele Länder in Europa keine Daten über vermisste unbegleitete Minderjährige haben, verdeutlicht Lost in Europe, dass die Zahl der vermissten Kinder noch höher sein könnte. Mehr unter <https://t1p.de/6o4qr>.

Bahnhofsmission



Ehrenamtliche und berufliche Mitarbeitende der Bahnhofsmission, Projektmitarbeiter*innen von DB Smart City und Dr. Gisela Sauter-Ackermann (ganz links) auf dem Bahnhofsvorplatz in Hannover. Foto: Bahnhofsmission Hannover

Coffeebikes, Plauderbank und Feedbackwände zum Tag der Bahnhofsmission in Hannover

Mit einem umfassenden und interaktiven Programm beging die Bahnhofsmission Hannover am 26. April in Kooperation mit dem Projekt „Smart City“ von DB und Stadt Hannover einen besonderen „Tag der Bahnhofsmission“. Mit Sprüchen wie „Kaffee hilft. Wir auch.“ Coffeebikes, einer mobilen Plauderbank und eigens hergestellten Flyern und Postkarten wurden Reisende, Besucher*innen des Bahnhofs und Gäste der Bahnhofsmission gezielt angesprochen. „Weil hier am Bahnhof niemand in seiner Blase bleiben kann, ist das subjektive Sicherheitsgefühl oftmals gestört“, weiß Karen Hammerich, Leiterin der Bahnhofsmission Hannover. Deshalb möchte sie künftig „mehr Präsenz im Außendienst zeigen“. Das heißt konkret, dass die Mitarbeitenden in ihren blauen Westen in Zukunft mehr auf dem Vorplatz, im Bahnhof und an den Gleisen zu sehen und direkt ansprechbar sein werden.

Literatur & Webtipps

Leitfaden „Barrieren digitaler Teilhabe erkennen und überwinden.“

Soziale Teilhabe und digitale Teilhabe sind miteinander verknüpft. Um die digitale Teilhabe von Menschen mit Behinderung fördern zu können, müssen Herausforderungen identifiziert, Barrieren abgebaut und inklusive Ansätze erarbeitet werden. Im Projekt „Zukunft digitaler Teilhabe von Menschen mit Behinderung – Chancen, Risiken und Lösungsmöglichkeiten (digitale TeilhaBe)“ des Forschungsinstituts Betriebliche Bildung (f-bb) ist nun ein anschaulicher Leitfaden zu dem Thema herausgekommen. In Kooperation mit Menschen mit Behinderung und Vertreter*innen aus Unterstützungsstrukturen sind konkrete Barrieren in Zusammenhang mit der digitalen Transformation beschrieben und Lösungsansätze zur Förderung digitaler Teilhabemöglichkeiten erarbeitet worden. Mit dem Leitfaden bilden die Autor*innen die Ergebnisse ab und versuchen Praktiker*innen sowie Betroffene Impulse zu geben. Der Leitfaden ist online sowie als Printausgabe verfügbar. Mehr unter <https://t1p.de/xcpbt>.

Ergebnisse der Konferenz: „Neuer Schwung für die UN-BRK in Deutschland: Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?“

Im Februar organisierten das Deutsche Institut für Menschenrechte und der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen die Fachveranstaltung „Neuer Schwung für die UN-BRK in Deutschland: Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?“ Diskutiert wurden zunächst die Ergebnisse der zweiten Staatenprüfung, die im vergangenen Jahr veröffentlicht wurden und aufzeigten, dass in Deutschland in Bezug auf die Umsetzung der UN-BRK noch einiges getan werden muss. Daraufhin wurden Forderungen in Bezug auf Bereiche wie Arbeit, Schule, Wohnen, Mobilität und Gewaltschutz formuliert, welche die dringendsten Handlungsschritte zur Umsetzung der UN-BRK markieren. Diese Ergebnisse wurden der Bundesregierung übermittelt und sind hier abrufbar: <https://t1p.de/97p6v>.

Termine & Tagungen

Einladung zum Workshop: Adulthood und kritisches Erwachsensein – Implikationen für die Jugendsozialarbeit am 12.6.2024 von 14 - 18 Uhr in Frankfurt am Main

„Wenn der Kuchen redet, haben die Krümel Pause“ oder „Das ist doch kindisch“ oder „Solange Du die Füße unter meinen Tisch stellst...oder „Du bist doch noch grün hinter den Ohren“ – solche oder ähnliche Aussagen kennen wir alle. Spätestens seitdem junge Menschen zu ihren Anliegen stärker in die Öffentlichkeit gehen, wird unverhohlener Adulthood in Politik und Gesellschaft deutlich. Adulthood beschreibt das Machtungleichgewicht zwischen jungen Menschen und sogenannten Erwachsenen. Es handelt sich also um eine Form von Diskriminierung. Dieses Thema möchte IN VIA Deutschland mit diesem Workshop vertiefen. ManuEla Ritz, Referentin, Teamerin, Coachin und Autorin führt in das Thema Adulthood ein, bietet einen ersten Überblick über seine Struktur und regt dazu an, über eigenes Erwachsensein und (sozial-) pädagogische Arbeit nachzudenken. Auf interaktive Weise wird das Thema vertieft und Implikationen für die Jugendsozialarbeit abgeleitet. Anmeldung bis 20. Mai 2024: <https://eveeno.com/adulthood-workshop>.

Aus der Fortbildungs-Akademie des DCV

Selbstwirksamkeit und Selbstfürsorge in herausfordernden sozialen Arbeitskontexten, 26.-28. Juni 2024, Freiburg

Viele Handlungsfelder der sozialen Arbeit, der Beratung oder der Pflege finden in einem Spannungsfeld mit hoher menschlicher Intensität statt. Wie nehmen wir Momente der eigenen Wirksamkeit bewusst wahr, grenzen uns ab und sorgen gut für uns selbst? Es gibt nicht DIE Lösung, die immer und für alle passt. Daher werden die Teilnehmer*innen in diesem Seminar mittels fachlicher Impulse, einem praxisnahen Austausch und systemischer Methodik gemeinsam Lösungsansätze für ihren individuellen Weg zu mehr Selbstfürsorge und erlebter Selbstwirksamkeit entwickeln. Mehr unter <https://t1p.de/3t9tb>.

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

- **Ich sehe nicht, was ich nicht weiß! Interkulturelle Kompetenzen, 6. Juni 2024, Paderborn**
Nicht erst seit dem Zuwachs an Flüchtlingen gehört es zur Normalität in sozialen und pädagogischen Einrichtungen, dass dort Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen aufeinandertreffen. Die Qualität der Begegnung hängt dabei davon ab, wie viele der jeweiligen "Spiel-Regeln" des Miteinanders bekannt sind, damit nicht scheinbare Banalitäten und Selbstverständlichkeiten die Zusammenarbeit behindern. Sie werden für die Arbeit mit Menschen und Familien aus unterschiedlichen Kulturen sensibilisiert. Sie erwerben Wissen und Kompetenzen, um Konflikte zu verringern und eine bessere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Mehr unter <https://t1p.de/9o4vj>
- **Grundlagen des Arbeitsrechts für Führungskräfte, 10.-11. Juni 2024, Webseminar**
Wenn Führungskräfte in ihrem Verantwortungsbereich die Bestimmungen des Allgemeinen Arbeitsrechts kennen, stärkt diese ihre Sicherheit im Umgang mit arbeitsrechtlich sensiblen Fragen und Sachverhalten. In diesem digitalen Seminar erwerben die Teilnehmer*innen: Grundlagenwissen über die Bestimmungen des Allg. Arbeitsrechts / Grundlagenwissen über die Besonderheiten des Arbeitsrechts (u. a. Kündigungsschutz, Teilzeit- und Befristungsgesetz) / Erwerb von Kenntnissen zur systematischen und eigenständigen Bearbeitung von Rechtsfällen. Mehr unter <https://t1p.de/f8mog>.
- **Text Die neue Art zu Kochen und zu Backen – Allergenfrei am 10. Juni 2024, Paderborn**
Immer mehr Essensteilnehmende sind durch Unverträglichkeiten in ihrer Auswahl an Lebensmitteln eingeschränkt. Auch die Küche steht vor immer neuen Herausforderungen. In diesem Seminar werden wir die Alternativen zu allen 14 Hauptallergenen aufzeigen. Vorzüge von veganen und vegetarischen Komponenten ausarbeiten und gemeinsam in der Praxis die Alternativen herstellen. Von der Mandelmilch bis zu glutenfreien Backprodukten. Sie erleben, wie einfach es ist, die allergenfreie Kost, täglich zu einem kulinarischen Erlebnis zu machen. Mehr unter <https://t1p.de/1d67i>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [X-Account!](#)



IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Elise Bohlen/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 03.06.2024
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de